meinsam mit dem zuständigen Zentralvorstand bzw. Bezirksvorstand der Industriegewerkschaft oder Gewerkschaft.

(4) Die Bestätigung der Vorschläge erfolgt durch die Leiter der zentralen Organe des Staatsapparates, die Vorsitzenden der Räte der Bezirke, die Generaldirektoren der WB bzw. die Leiter der Wirtschaftsräte der Bezirke.

(5) Vorschläge zur Auszeichnung von Funktionären und Mitarbeitern der Parteien und Massenorganisationen aus den Kreisen und Bezirken sind beim zuständigen Rat des Bezirkes, aus den zentralen Leitungen beim Büro des Ministerrates, einzureichen.“

Der § 6 erhält folgende Fassung:

„(1) Die Verleihung der Medaille erfolgt durch den Leiter, dem die Bestätigung obliegt.

(2) Die Leiter der zentralen Organe des Staatsapparates und die Vorsitzenden der Räte der Bezirke sind verpflichtet, dem Büro des Ministerrates die notwendigen Angaben über die Ausgezeichneten zu übersenden.“

Der § 7 erhält folgende Fassung:

„Zur Medaille gehören eine Urkunde und eine Prämie

a) bei Einzelpersonen	bis zu 500 MDN,
b) bei Kollektiven	bis zu 2000 MDN.

Bei der Auszeichnung von Kollektiven erhält jedes Mitglied eine Medaille und Urkunde. Dem Kollektiv kann darüber hinaus eine Medaille und Urkunde ausgehändigt werden.“

Der § 8 erhält folgende Fassung:

„(1) Es können jährlich bis zu 500 Auszeichnungen vorgenommen werden. Der zentrale Auszeichnungsausschuß beim Ministerrat beschließt jährlich die Anzahl der zu verleihenden Medaillen für die staatlichen Organe.

(2) Die Mittel für die Prämien und Auszeichnungsmaterialien werden aus dem Staatshaushalt bzw. dem Verfügungsfonds der Generaldirektoren der WB zur Verfügung gestellt.“

§ 4

Die Ordnung über die Verleihung des Ehrentitels „Kollektiv der sozialistischen Arbeit“ (Anlage zur Verordnung vom 15. März 1962 über die Stiftung des Ehrentitels „Kollektiv der sozialistischen Arbeit“ [GBl. II S. 167]) wird wie folgt geändert:

Der § 3 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„Mit dem Ehrentitel können Kollektive in volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben und Einrichtungen, in Betrieben mit staatlicher Beteiligung, Produktions- und Konsumgenossenschaften ausgezeichnet werden.“

Der § 6 Abs. 3 erhält folgende Fassung:

„Die Auszeichnungsmaterialien sind von den Betrieben, Einrichtungen und Genossenschaften auf Antrag unter Angabe des Namens des Kollektivs und der Anzahl der Mitglieder gegen Kostenerstattung aus den Prämienfonds der Betriebe von der WB, von dem Wirtschaftsrat des Bezirkes, dem Bezirkslandwirtschaftsrat bzw. vom zuständigen Rat des Be-

zirkes zu beziehen. Diese Organe beziehen die Auszeichnungsmaterialien vom Versorgungskontor für Organisationsbedarf Berlin.“

§ 5

Der § 7 Abs. 2 der Ordnung über die Verleihung der „Medaille für Kämpfer gegen den Faschismus 1933—1945“ (Anlage zur Verordnung vom 22. Januar 1959 über die Bestätigung der Ordnungen über die Verleihung von staatlichen Auszeichnungen [GBl. IS. 181]) erhält folgende Fassung:

„Die Träger der Medaille für Kämpfer gegen den Faschismus 1933—1945, die in der Deutschen Demokratischen Republik ihren Wohnsitz haben, erhalten ein jährliches Ehrengeld in Höhe von 500 MDN.“

§ 6

Der § 7 Absätze 2 und 3 der Ordnung über die Verleihung der „Treuedienstmedaille der Deutschen Post“ vom 13. Oktober 1960 (GBl. II S. 399) erhält folgende Fassung:

„(2) Die Medaille wird an einer rechteckigen, mit blauem Band und entsprechend der Stufe mit einem, zwei oder drei senkrechten gelben Streifen bezogenen Spange getragen.

(3) Die Interimsspange entspricht der Medailcenspange.“

§ 7

Der § 2 der Ordnung über die Verleihung des Ehrentitels „Verdienter Meister des Sports“ (Anlage zur Verordnung vom 22. Januar 1959 über die Bestätigung der Ordnungen über die Verleihung von staatlichen Auszeichnungen [GBl. I S. 181]) wird wie folgt geändert und ergänzt:

Buchst. e erhält folgende Fassung:

„e) die durch eine olympische Medaille gewürdigt wurden.“

Nach Buchst. e wird folgender Buchst. f eingefügt:

„f) die in einer olympischen Sportart durch einen Weltmeistertitel gewürdigt wurden oder die •einen gleichbedeutenden internationalen Erfolg darstellen.“

§ 8

Der § 4 Absätze 2, 3 und 4 der Ordnung über die Verleihung des Ehrentitels „Verdienter Bergmann der Deutschen Demokratischen Republik“ (Anlage zur Verordnung vom 22. Januar 1959 über die Bestätigung der Ordnungen über die Verleihung von staatlichen Auszeichnungen [GBl. I S. 181]) erhält folgende Fassung:

„(2) Die Vorschläge sind nach Zustimmung der Belegschaft des Betriebes bzw. der Dienststelle, in der der Vorgeschlagene tätig ist, über die zuständige WB in Übereinstimmung mit dem Gewerkschaftskomitee der WB bzw. dem Bezirksvorstand des FDGB dem Leiter der zuständigen Abteilung des Volkswirtschaftsrates zuzuleiten.

(3) Der Auszeichnungsausschuß des Volkswirtschaftsrates hat zu prüfen, ob die Voraussetzungen für die Verleihung gegeben sind.

(4) Der Vorsitzende des Volkswirtschaftsrates reicht die Vorschläge in Abstimmung mit dem Zentralvorstand der Industriegewerkschaft Bergbau/Energie dem zentralen Auszeichnungsausschuß beim Ministerrat ein. Der zentrale Auszeichnungsausschuß überprüft die Vorschläge und legt sie dem Ministerrat zur Beschlusfassung vor.“